

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

15.5.1922 (No. 112)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruherstr.  
Nr. 14  
Kassendirektor:  
Nr. 953  
und 954  
Postfach:  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur:  
E. A. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braun'sche  
Hofbuch-  
druckerei, belbe  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 33 A — Einjahrespreis 120 A — Anzeigengebühr: 1.30 A für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die in der Zeitung veröffentlicht werden, ist der Abgabezeitpunkt anzugeben. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Die polizeiliche Beobachtung für eingeführtes Rindvieh.

\*\* Da die Maul- und Klauenseuche in letzter Zeit wiederholt durch Handelsvieh, das nach Baden eingeführt worden ist, weitergeschleppt wurde, ist die Dauer der polizeilichen Beobachtung für eingeführtes Rindvieh wiederum auf sieben Tage verlängert worden. Bei den zur Einfuhr gelangenden Einzelferkeln verbleibt es bis auf weiteres bei der bisherigen Beobachtungsfrist von fünf Tagen.

#### Griechisches Konsulat.

\*\* Nachdem Herr Hermann Wenzler in Redargemünd als kgl. Griechisches Honorarkonsul in Mannheim namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, ist er zur Ausübung konsularischer Befugnisse in Baden zugelassen worden.

#### Die Lage des Arbeitsmarktes.

\*\* Im allgemeinen kann die Arbeitsmarktlage für die Berichtswache als gut bezeichnet werden. Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt hat sich belebt. Im gut beschafften Holz- und Schnittholzgewerbe machte sich verstärkte Nachfrage insbesondere nach Wagnern bemerkbar. Im Handwerker- und Nahrungsmittelgewerbe ist ebenfalls geringerer Bedarf wie früher, hingegen konnte eine bedeutende Nahrungsmittelfabrik eine größere Anzahl Arbeiter einstellen. Die Nachfrage nach Arbeitkräften im Schneidergewerbe und im Baugewerbe blieb stark, in letzterem macht sich allerdings ein gewisser Mangel an Baumaterialien bemerkbar. Im Handel wurden Buchhalter und Kassierer nicht mehr in derselben Zahl wie in der vorangegangenen Woche angefordert, lebhaft blieb jedoch die Nachfrage nach selbständigen Korrespondenten; was die einzelnen Branchen betrifft, so sind insbesondere Kaufleute aus dem Eisen- und Werkzeughandel, Manufakturisten und Bankbeamte gesucht. Im Gastwirtsgeerbe hat die Zahl der offenen Stellen für Köche zugenommen.

#### \* Das Buch des Kronprinzen.

Am letzten Samstag sind die „Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm“ vom Verlage (F. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart) den Redaktionen der politischen Zeitungen zur Besprechung zugestellt worden. Die Lektüre des Buches hat uns darüber belehrt, daß wir es hier mit einem der allerwichtigsten Memoirenbeiträge zur Geschichte des Weltkrieges und unseres Zusammenbruchs zu tun haben.

Die Bedeutung der Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm besteht darin, daß hier in offener Weise Kritik geübt wird von einem Mann, der durch seine ganze Stellung befähigt war, das Getriebe unserer Politik, und zwar auch das Getriebe hinter den Kulissen, kennen zu lernen. Um es aber gleich vorweg zu nehmen: es ist die fürchtbarste Kritik, die wir bisher vernommen haben. Und da sie sich mit dem Urteil aller wirklich unbefangenen Historiker und Politiker deckt, gewinnt sie geradezu abschließenden Charakter. Mag auch in Einzelheiten dieses oder jenes noch korrigiert werden, summarisch steht das Urteil fest. Und es wäre Torheit, an ihm rütteln zu wollen. Wenn es überhaupt einen Deutschen gibt, auf dessen Meinung und Darstellung wir in allen diesen Dingen etwas zu geben haben, so ist es sicher der Mann, der als Kronprinz des deutschen Reichs dem Kaiserthron am nächsten stand, und dem auch dann, wenn maßgebende Bildträger ihn von der Kenntnis gewisser Dinge auszuschließen versuchten, Tugende von Wegen zur Verfügung standen, um doch zu dieser Kenntnis zu gelangen.

Ganz sicherlich hat die Rücksicht auf Lebende den Kronprinzen gezwungen, dieses und jenes noch zu verschweigen oder einzelnes um ein paar Nuancen ruhiger und milder darzustellen, als es seinem innersten Empfinden entsprochen hätte. Und zumal, was die Person seines Vaters betrifft, wird man es begreiflich finden, daß der Kronprinz die unausbleibliche Kritik in schonender Form kleidet. Aber selbst, wenn man dieses gebührend in Rechnung stellt, erscheint das, was an faktischer Kritik übrig geblieben ist, als gerade genügend: es ist für die Männer, die bis zum Zusammenbruch in Deutschland die Herrschenden waren, schlecht hin vernichtend. Und befähigt in den entscheidenden Punkten — oft bis auf das Äußerste — auf dem i — das, was der Schreiber dieser Zeilen bereits Ende des Jahres 1919 in seinem

Buche „Das alte System“ zu Papier gebracht hat, und ferner das, was auch an dieser Stelle von uns oft genug in mehr oder minder temperamentvollen Artikeln gesagt worden ist.

Man hat in rechtsstehenden Kreisen der „Karlsruher Zeitung“ und dem Verfasser ihrer Leitartikel diese Kritik bitter übel genommen. Nun, wir dürfen heute demgegenüber darauf hinweisen, daß wir uns bei jener Kritik in der Gesellschaft eines Mannes befinden, dessen Urteil in diesem Falle gewiß noch hundert Mal maßgeblicher ist, als das unserer, und der wohl nicht zu befürchten braucht, daß man ihn einer Neigung zu radikaler Übertreibung bezichtigt. Vielleicht wird die Lektüre der Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm manchen unserer Gegner veranlassen, die Kritik, die wir am alten System geübt haben, mit mehr Gerechtigkeit zu betrachten und uns zu glauben, daß es gerade nationales Empfinden, heiße Vaterlandsliebe und der tiefe Schmerz der Empörung gewesen sind, die uns die Feder führten. Wenn eine Persönlichkeit, wie der frühere Kronprinz des deutschen Reichs, also der Repräsentant monarchistischer Gedankengänge, so sprechen darf, wie er das in seinem Erinnerungsbuch tut, so hat der Chefredakteur der „Karlsruher Zeitung“ mindestens dieselbe Berechtigung dazu. Und es wird niemand aufstehen können, der den letzteren einer „Sünde“ zehlt, wenn der erstere diese selbe „Sünde“ begangen hat!

Das Gemeinsame des Denkens und Urteilens besteht eben darin, daß in beiden Fällen der realpolitische Sinn, der überblick über die Zusammenhänge und die aus einer Flut von Erfahrungen gewonnene objektive Erkenntnis jenes Denken und Urteilen bestimmen. Wer mit dem innigen Streben nach Erkenntnis und Gerechtigkeit — dem einzigen Streben, das uns sittlich berechtigt, den Wiederaufbau Deutschlands und die Wiederkehr seiner alten Größe herbeizuführen — an die Geschicke der letzten drei Jahrzehnte herantritt, der kann nicht anders urteilen, als es der Kronprinz in seinen Erinnerungen getan hat.

Ein gradueller Unterschied zwischen der vom Kronprinzen und hier von uns vertretenen Meinung besteht darin, daß der Kronprinz als pietätvoller Sohn versucht, Wilhelm II. mehr als das Opfer seiner Umgebung, denn als Opfer seiner eigenen Veranlagung hinzustellen. Dabei wird diese Veranlagung allerdings an einzelnen Stellen so deutlich und so scharf gekennzeichnet, daß man sich wohl die Frage vorlegen muß, ob durch das Erscheinen dieses Buches die Beziehungen zwischen Vater und Sohn nicht wieder, wie schon so oft, getrübt werden könnten. Denn für einen selbstbewußten, wenn nicht eiteln, von der Richtigkeit seiner Meinung und seines Handelns überzeugten Vater muß auch diese schonende Kritik des Sohnes recht peinlich sein. Daß sie notwendig war, wenn der Kronprinz in seinem Buch die Wahrheit sagen wollte, unterliegt natürlich keinem Zweifel.

Die Pflicht, die für den Sohn besteht, braucht für die übrigen Teile des deutschen Volkes nicht verbindlich zu sein. Dort wird man, unbeeinflusst, von kindlicher Pietät, die Dinge, soweit sie die Person Wilhelms II. betreffen, anders sehen und dazu neigen, ihm doch einen viel stärkeren, persönlichen Einfluß zuzuerkennen, als es der Kronprinz für gut findet. Natürlich müßte mit dieser Einschätzung auch das Maß der Verantwortlichkeit, das man Wilhelm II. aufbürdet, wachsen.

Im übrigen wird die Wahrheit wohl so aussehen, daß beides voll ins Gewicht fällt: einmal der überaus weitgreifende, persönliche Einfluß des Kaisers, daneben aber auch andererseits der verhängnisvolle Einfluß, den die von ihm gewählte Umgebung auf ihn selbst und auf die Geschicke des Reichs und unseres Volkes ausgeübt hat. Jedenfalls ist und bleibt es die Aufgabe des Historikers — und der Publizist, der seinen Beruf recht auffaßt, ist so ein Stück Historiker —, der geschichtlichen Wahrheit Geltung zu verschaffen, und sei es auf die Gefahr hin, daß Leute, die nun eben nicht sehen wollen, und die aus diesen oder jenen Gründen an einer Wiederkehr des alten Systems interessiert sind, ihn dafür schmähen.

Auf Einzelheiten der Kritik, die der Kronprinz in seinem Buche übt, werden wir morgen zurückkommen.

### Das neue Mieterschutzgesetz.

Neben dem Reichsmietengesetz, das vor allem Vorschriften über die Höhe der Mieten gibt, hat es sich als notwendig erwiesen, auch die übrigen rechtlichen Beziehungen zwischen Mieter und Vermieter zu regeln. Dies wird versucht in dem Entwurf eines Gesetzes über Mieterhöhung und Mieteinigungsämter, das kürzlich im Reichsrat angenommen wurde und demnächst den Reichstag beschäftigen wird. Zusammen mit dem Reichsmietengesetz bringt der neue Entwurf eine umfassende reichsrechtliche Regelung des durch die Wohnungsnot erforderlich gewordenen neuen Mietrechtes. Bevor noch die Beratung im Reichstag erörtert worden ist, hat sich die Öffentlichkeit mit diesem jeden einzelnen berührenden Gesetzesentwurf befaßt, und es sind neben Stimmen der Zustimmung auch ablehnende Auffassungen zutage getreten, ohne daß der Entwurf in seinen wichtigsten Teilen allgemein bekannt wäre. Es soll hier nicht in die Diskussion eingegriffen werden; die folgenden Darlegungen beschränken sich vielmehr darauf, die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes kurz an die sich voraussichtlich eine lebhaftere Erörterung im Reichstag knüpfen wird, wiederzugeben.

Das Gesetz bezweckt zunächst, den Mieter vor einer gegen seinen Willen erfolgenden Aufhebung des Mietverhältnisses soweit zu schützen, als sich dies mit den berechtigten Interessen des Vermieters irgend vereinigen läßt. Dieses Ziel sucht es vor allem dadurch zu erreichen, daß die Lösung des Mietverhältnisses nur aus einigen wichtigen im Gesetz ausdrücklich genannten Gründen zulässig sein soll, so z. B. wenn der Mieter den Vermieter stark belästigt, wenn er die Mieträume durch unangemessenen Gebrauch oder Vernachlässigung erheblich gefährdet oder wenn er unbefugt einem Dritten den Mietraum überläßt, wenn der Mieter ferner an zwei aufeinanderfolgenden Terminen den Mietzins nicht gezahlt hat, oder wenn schließlich der Vermieter unter Anführung besonders schwerwiegender Gründe den Mietraum für sich in Anspruch nimmt. Die Absicht des Vermieters, den Raum selbst in Gebrauch zu nehmen, soll jedoch allein nicht genügen. In erster Reihe soll dadurch verhindert werden, daß sich jemand durch Ankauf eines Hauses eine Wohnung verschafft. Der Vermieter hat gegebenenfalls bei dem Amtsgericht — nicht also bei dem Mieteinigungsamt — eine Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses zu erheben; eine Kündigung durch den Vermieter ist nicht mehr zulässig. Das Amtsgericht entscheidet unter Hinzuziehung von Mieter- und Vermieterbeistehern. Wird das Mietverhältnis aus einem solchen Grunde aufgehoben, so kann das Gericht anordnen, daß der Vermieter dem Mieter die Umzugskosten zu ersetzen hat, sofern dies nach Lage der Dinge, vor allem nach den Vermögens- und Erwerbsverhältnissen der Beteiligten, der Billigkeit entspricht.

Durch die vorgesehene Einführung der Aufhebungsklage wird eine wesentliche Vereinfachung des Verfahrens angestrebt. Während nach dem jetzigen Rechtszustand der Vermieter zunächst in einem Verfahren vor dem Mieteinigungsamt die Genehmigung zur Kündigung erwirken und sodann die Räumungsklage bei dem Gericht erheben mußte, wird er jetzt sofort auf das gerichtliche Verfahren verwiesen. Hierdurch soll nicht nur eine Entlastung der mit Arbeit überhäufteten Mieteinigungsämter erzielt werden, sondern es wird auch im Wege eines Verfahrens vor dem Gericht eine eingehendere und sorgfältigere Überprüfung des Sachverhaltes möglich sein, als dies vor dem Mieteinigungsamt der Fall sein kann, ein Umstand, der ebenfalls im Interesse des Mieters wie des Vermieters liegt.

Der Gesetzesentwurf sieht weiter einen Schutz des Mieters gegen die zwangsweise erfolgende Durchführung eines Räumungsurteils vor. Ist das Mietverhältnis lediglich mit Rücksicht auf ein nachgewiesenes besonders dringliches Interesse des Vermieters aufgehoben, so darf der Mieter zwangsweise aus den Räumen nur entfernt werden, wenn für ihn ein unter Vernachlässigung seiner Wohn- oder Geschäftstätigkeit angemessener Ersatzraum gesichert ist. Auch wenn die Aufhebung des Mietverhältnisses aus anderen Gründen erfolgt, kann das Gericht zur Vermeidung von Härten gleichfalls eine entsprechende Anordnung treffen.

Diese Bestimmungen sollen sowohl für Wohn- als auch für geschäftliche und gewerbliche Räume Gültigkeit haben. Für Neubauten sowie für Räume gemeinnütziger Bauverleihungen und für öffentliche Gebäude gelten sie nicht.

In einem zweiten Abschnitt bringt der Gesetzesentwurf eingehende Vorschriften über die Einrichtung der Mieteinigungsämter und das Verfahren vor diesen. Die Ratschüsse, die sich

Mit einer Beilage: 46. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.



bei der augenblicklich geltenden Regelung ergeben haben und zu lebhaften Beschwerden aus Mieter- und Vermieterkreisen geführt haben, werden zu beseitigen versucht. Vor allem soll in Zukunft gegen die Entscheidung des Mieteinigungsamtes in gewissen Fällen die Anrufung einer Beschwerdestelle zulässig sein. Dabei ist nicht an die Schaffung neuer Behörden gedacht; vielmehr kann die oberste Landesbehörde eine Verwaltungsbehörde, das Landgericht oder ein höheres Gericht mit den Aufgaben der Beschwerdestelle betrauen. Das Verfahren vor dem Mieteinigungsamt selbst soll nach Möglichkeit vereinfacht werden. Um die den Gemeinden durch die Einrichtung des Mieteinigungsamtes zum Teil erwachsene finanzielle Belastung zu vermindern, wird die Erhebung von Gebühren vorgesehen. Die Unabhängigkeit des Vorsitzenden und der Beisitzer wird durch besondere Vorschriften gesichert. Für die Beisitzer gelten gewisse für die Schlichter gegebene Vorschriften; insbesondere sind sie in einer bestimmten Reihenfolge zu den Sitzungen heranzuziehen.

Der Entwurf sieht vor, daß das Gesetz am 1. Juli 1922 — gleichzeitig mit dem Reichsmietengesetz — in Kraft tritt.

## Politische Neuigkeiten.

### Die Konferenz von Genua.

Das Friedensabkommen Lloyd Georges.

In der gestrigen Sitzung der einladenden Mächte, an der Lloyd George, Barthou, Cawangi, Noyes Evans und Colliath teilnahmen, wurde, einer Vätermeldung aus Genua zufolge, der Entwurf Lloyd Georges über das vorläufige Friedensabkommen grundsätzlich angenommen.

Einigung der Signatarmächte über die weitere Behandlung der russischen Frage.

Aus Genua berichtet der Korrespondent der „Frl. Ztg.“ vom Sonntag:

Die große Fünf, nämlich die Delegationschefs der einladenden Mächte haben heute vor- und nachmittags zusammengekommen und sich am Ende doch wirklich über den Modus procedendi gegenüber den Russen geeinigt. Das Erstaunliche ist nur, daß von den Hauptbeteiligten über den Inhalt dieser Einigung Mitteilungen gemacht werden, die sich in Wichtigem widersprechen. Feststehend ist, daß eine Kommission von Experten der in Genua vertretenen Staaten im Haag zusammenzutreten soll. Nach englischer Darstellung soll sie eine gemischte Kommission, also unter Beteiligung der Russen, sein und ebenso gemischte Unterkommissionen für die verschiedenen Punkte bilden. Nach der französischen Darstellung, die deutlicher ist, sollen die Signatarmächte des Schlußprotokolls und die Russen eine getrennte Kommission nach dem Haag schicken, die erstens spätestens bis zum 16. Juni, die Russen nicht vor dem 26. Juni. Danach sollen die beiden Kommissionen miteinander je nach Bedarf in Verbindung treten.

Amerika soll gebeten werden, sich in der europäischen Kommission ebenfalls vertreten zu lassen. Den Experten wird eine Arbeitszeit von längstens drei Monaten gegeben. Während dieser Zeit, also bis zum 15. September, soll die gegenseitige Verpflichtung zum Nichtangriff oder zur Nichtpropaganda, also der mehrfach erörterte vorläufige Gottesfriede zwischen Rußland und den übrigen Staaten gelten. In der gleichen Zeit sollen Sonderverträge mit Rußland nicht geschlossen werden. Nach dem Ablauf der Frist erhalten die Staaten ihre Freiheit wieder und das Recht, sich von der Haager Kommission zurückziehen, falls sie darin eine Verschleppung erkennen. Während dieser Zeit sollen die Russen die Freiheit haben, sich mit den privaten Geschädigten selbst auseinanderzusetzen.

Vor dem Ende der Konferenz.

Der Sonderberichterstatter der Havas Agentur in Genua berichtet am Samstag abend, die Genuaer Konferenz wäre so gut wie beendet. Lloyd George wird, wie er erklärte, nicht auf der Diskussion der anderen auf dem Programm stehenden Fragen beharren, und die Konferenz wird Dienstag durch eine letzte Vollversammlung ihre Arbeiten beenden. Aus den Beratungen vom Samstag hat sich ergeben, daß ohne die Mitarbeit der Vereinigten Staaten der Wiederaufbau Rußlands unmöglich ist. Der Vorschlag der Vereinigten Staaten in Rom ist aufgefördert worden, von dem Wunsch aller in der politischen Unterkommission vertretenen Mächte Kenntnis zu nehmen. Weiter will der Sonderberichterstatter der Agence Havas in Genua in zuständigen amerikanischen Kreisen die Überzeugung gewonnen haben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten geneigt sei, sich an den Arbeiten der Sachverständigenkonferenz zu beteiligen, die nach Schluß der Konferenz die Prüfung der Mittel vorzusehen soll, durch die Rußland sich wiederum erheben könnte.

## Konzert-Wochen-Rückblicke.

Der fünfte Kammermusikabend der Konzertdirektion Neufeldt hat wieder einmal das Rosquartett nach Karlsruhe geführt. Schubert, Beethoven und Reger standen auf dem Programm, dem ich anderweitiger Dienstverpflichtung wegen nur während des ersten Teils anwohnen konnte. Die Kunst der Wiener Meister ist an dieser Stelle schon zur Genüge gewürdigt worden. Ihr wunderbar exaktes Spiel zur feiner vorbildlichen Ausbildung der Einzelstimmen, seiner leuchtenden Klarheit, seiner sinnberührenden Klangschönheit, seiner Weichheit und Durchgeistigung ließ die Linien und Farben des Schubertschen G-dur-Quartetts, dessen Köstlichkeiten den Hörer in Wahrheit Zeit und Alltag vergessen machen, in ungewöhnlicher Lebendigkeit, Parteilichkeit und Frische aufklingen. Selten wird einem Schubertwerk eine solche vollendete, von innerstem Miterleben, feinstem Stilgefühl und musikalischer Kultur getragene Interpretation zuteil, wie es hier der Fall war. Die ergriffene Zuhörerschaft ließ es denn auch nicht an begeistertem Dank fehlen.

Im Zeichen des Volksliedes stand der Lautenabend, den Ludwig Egler am Donnerstag im Eintrachtssaal veranstaltete. Der junge Karlsruher Künstler erhebt wohl keinen Anspruch darauf, als vollendeter, durch die Schule systematischer Technik gegangener Gesangsmeister gewertet zu werden. Und dennoch weiß er durch seine Darbietungen in einem Maße zu erfreuen, daß er es ruhig wagen darf, einen ganzen Konzertabend damit zu bestreiten. Was an seinem Vortrag feststeht, ist dessen Natürlichkeit, Schlichtheit und Herzlichkeit; es liegt Gefühl und Roesie in allem was er bringt. Die Technik des Lautenspiels beherrscht er mit großer Sicherheit, und er weiß die Wirkungsmöglichkeiten des bescheidenen Instruments mit gutem Geschmac auszunutzen. Verschiedene Lieder, die er sang, sind von ihm selber komponiert, so das hübsche „Man sagt“ von Gilm, das „Wiengeleid“ von Hoffmann von Fallersleben und „des Narren Herbstlied“ von O. J. Bierbaum. Sie sind durchweg ge-

teiligen, die nach Schluß der Konferenz die Prüfung der Mittel vorzusehen soll, durch die Rußland sich wiederum erheben könnte.

## Deutscher Reichstag.

Die zweite Beratung des Verkehrssetzes wurde am Samstag bei den Abteilungen Wasserstraßen, Luft- und Kraftfahrwesen fortgesetzt. Der Ausschuss hat bei den höheren Beamten der Wasserbauverwaltung Absprache vorgenommen und fordert außerdem in drei Entschlüssen die Verlegung einer Denkschrift über ein einheitliches deutsches Wasserstraßengesetz, ferner ein Reichswasserstraßengesetz, das die bisher den Landesbehörden zustehenden Befugnisse dem Reich überträgt und Sicherung des Schnelldampferverkehrs von Swinemünde nach Pillau und Danzig.

Abg. Diez (Ztr.) sprach über die Frage der Rheinregulierung; er führte u. a. aus: Die Rheinregulierung von 1868 ist heute noch in Geltung. Deutschland ist in der Zentralkommission nicht vertreten. Diese Zentralkommission hat in jüngerer Zeit in Straßburg getagt und beschlossen, daß auf der badischen Strecke durch die Anlage von Stauwerken der Oberrhein abgeleitet und auf die französische Kanalstrecke übergeleitet wird. Alle beteiligten Mächte sind angeblich damit einverstanden gewesen. Die Verlegung der Schiffahrt von der internationalen Rheinstraße auf eine nationale französische Strecke ist von ungeheurer Wichtigkeit nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Schweiz und alle übrigen Rheinuferstaaten. Sie bedeutet nichts anderes, als die Kontrolle der gesamten Rheinschiffahrt. Durch den Verfall der Vertrag ist Deutschland im voraus gebunden. Ein deutscher Protest würde eine praktische Wirksamkeit nicht haben. Jedenfalls ist aber an den Zielungen dieser Maßnahme Deutschland im höchsten Maße interessiert. Die Schiffarmadung des Rheins von Straßburg bis Basel ist technisch eine leicht zu lösende Aufgabe. Wird diese Frage spruchreif, dann soll man auch den Ausbau der übrigen Rheinstraßen des Oberlaufes von Basel bis Konstanz mit allem Nachdruck betreiben. Das Problem der Umgehung des Rheinfalles muß gelöst werden. Auf dieser Strecke kommen zwei Milliarden Kilowattstunden an Energie in Frage. Das Problem hat also auch Bedeutung. Die Unfähigkeit des Reiches ist gegeben, da auf dieser Strecke der Rhein teilweise ausschließlich im Reichsgebiet fließt. — Weiter sagte der Abgeordnete Diez noch: Auch der Ausbau der süd-deutschen Flußläufe zu schiffbaren Wasserstraßen ist von sehr großer Bedeutung. Hier haben sich verschiedene Verbände bereits betätigt, um zur Förderung der Ausarbeitung von Projekten auch Reichsmittel überwiesen zu erhalten. Bei der Verteilung derselben ist zweifellos freilich ungleich verfahren worden, und eine Abstellung dieser Ungleichheit durch die Reichszentrale ist dringend erwünscht.

Abg. Schumann (Ztr.) tritt für die Vereinheitlichung des gesamten Verkehrsnetzes der Wasserstraßen durch das Reich ein. Auch der Hafen von Duisburg-Mühlort hätte in den Besitz des Reiches übergeben müssen. Der Redner verlangt auch ein einheitliches Wasserrecht, sowie ein besseres Zusammenwirken des Eisenbahn- und Wasserstraßenverkehrs bei der Bewältigung der Transporte.

Abg. Warmuth (Dnt. Sp.) tritt für die ostpreussischen Wasserstraßen ein, ebenso für eine dauernde Sicherstellung der Schiffahrtslinien nach den losgerissenen Landesteilen, damit keine Verkehrsblockade eintritt, wenn der polnische Korridor wieder einmal versperkt wird.

Abg. Götthe (Dem.) schließt sich diesen Wünschen an und betont, daß Rentabilitätsgründe in diesem Falle keineswegs ausschlaggebend sein dürften. Auch er tritt für die Schaffung eines einheitlichen deutschen Wasserstraßengesetzes ein und im Zusammenhang damit für die Weiterführung des Mittellandkanals und den Ausbau der Oder. Zudem müsse eine wirksame Tarifpolitik einen gerechten Ausgleich der Interessen der Eisenbahn und Wasserstraßen schaffen.

Reichsverkehrsminister Gröner schließt sich den Wünschen auf Schaffung einer einheitlichen Wasserbauverwaltung an. Wenn auch diesem Ziele noch viele Hindernisse im Wege ständen, so hoffe er doch bald zu einer Verständigung mit den Ländern zu kommen. Die gleiche Hoffnung hege er auch wegen der Finanzierung des Mittellandkanals. Die Regulierung des Oberlaufes der Oder sei dringend notwendig, leider bereite die Landwirtschaft der Anlegung der dazu erforderlichen Laßperre großen Widerstand. Mit dem Abgeordneten Diez ist der Minister hinsichtlich der Rheinregulierung bis Konstanz durchaus einverstanden. Vor wenigen Tagen sei über die Regulierung der Strecke zwischen Straßburg und Basel eine Verständigung zwischen Frankreich, Deutschland und der Schweiz erzielt worden. Infolge dieser Verständigung werde es wohl auch bald zu einer Verständigung zwischen der Schweiz und Baden bezüglich der Strecke Konstanz-Basel kommen. Die Tarifpolitik der Eisenbahn war im übrigen von schwerwiegenden

fällig, melodisch flüssig und sangbar gefeiert und weisen auch eine gut klingende und ansprechende Begleitung auf. Der Künstler erntete lebhaften Beifall.

Zu einer „Frühlingsfeier“ hatte der Lehrergesangsverein Karlsruhe für Samstag abend in die Festhalle geladen. Und der Programmüberschrift gemäß gab es dabei an Chören, Solologesang und Instrumentaldarbietungen so viel auf Blüten, Ranz und Baldegriin Gestimmtes zu hören, daß der angesichts der Wetterlaunen der letzten Wochen sanft entschlumerte Frühlingsglaube beinahe zu neuem Leben erwachen wollte. Die hervorragende musikalische Disziplin des Lehrergesangsvereins — von je ein besonderer Vorzug dieser Sängerschaft! — machte sich auch an diesem Abend geltend. Die Chöre von Goldmar, Thuille, Engelsberg, H. Albert, Gerber u. a. erfuhren unter der frischeren Leitung von Prof. H. S. Schmidt eine ungemein eindrucksvolle Wiedergabe. Die Stimmen klangen sorgsam abgewogen und ausgeglichen. Da war nirgends ein Jubel oder Zuwenig; feinfühlig dynamische Nuancierung, rhythmische Schmiegsamkeit, Bestimmtheit und Klarheit der Phrasierung verliehen dem Vortrag Leben, Frische und Wärme des Ausdrucks. Der Lehrergesangsverein und sein neuer Dirigent, Professor Schmidt, dürfen mit dem erzielten Erfolg zufrieden sein.

Frau Iracema Brügelmann erfreute, von Professor Schmidt mit seinem Verständnis am Flügel begleitet, in einer Reihe von Schumannliedern erneut durch den Wohlklang in die Ausdrucksfähigkeit ihres gepflegten Organs und durch ihre Kunst wirkamer, durchgeistigter und zu Herzen gehender Vortragsgestaltung. Wohlverdienten Beifall erzielte auch das Karlsruher Rosquartett der Herren Gerhard, Gierhner, Sornis und Jetschel vom Landestheaterorchester, das eine Anzahl ausgezeichneter, mit technischer Präzision und sicherem Geschmac ausgeführter, prächtig abgerundeter Stücke von Menager, Mendelssohn und Weber beiseite und auch in einigen Männerchören mitwirkte. G. R. f.

wirtschaftlichen Gründen diktiert und nicht etwa aus der Absicht entsprungen, den Wasserstraßen Konkurrenz zu machen. Abg. Thomas (Komm.) kritisiert die vom Reich mit privaten Gesellschaften abgeschlossenen Verträge zum Bau von Wasserstraßen, bei denen das Reich über das Ohr gehauen worden sei. Deshalb solle das Reich auch die Aktien der Rhein-Main-Danau-Gesellschaft und der Rhein-Redar-Gesellschaft aufkaufen und die Betriebe selbst übernehmen.

Staatssekretär Kirstein erklärte: Die Verwaltung wird ohne Rücksicht auf die Rentabilität die Schiffahrtslinien nach Ostpreußen weiterführen. Das Reich hat mit beträchtlichen Opfern für einen Bereitschaftsdienst gesorgt, der im Bedarfsfälle binnen 24 Stunden die Einführung eines täglichen Dampferverkehrs ermöglicht. Die Heranziehung des Privatkapitals kann das Reich zurzeit noch nicht entbehren, weil dadurch die fehlenden langfristigen Kredite des Reiches und der Länder ersetzt werden können. Namentlich hat die süddeutsche Industrie unter außerordentlichen finanziellen Opfern großes Interesse für die Vollenendung der im Bau befindlichen Wasserstraßen gezeigt.

Der Etat der Wasserstraßen wird bewilligt. Der Rest des Verkehrssetzes (Luft- und Kraftfahrwesen) wird nach kurzer erheblicher Debatte bewilligt.

Es folgt der Postetat. — Abg. Taubadel (Soz.) greift den letzten Reichstag des kaiserlichen Deutschlands an, weil er nicht rechtzeitig an eine Erhöhung der Tarife gedacht habe. Dann wäre die jegliche sprunghafte Erhöhung der Gebühren vermieden worden. Angesichts der abermals bevorstehenden Kartenerhöhung sei es die Pflicht der Verwaltung, Erspornisse zu machen durch Vereinfachung des Betriebes, Ausnutzung technischer Einrichtungen u. kaufmännisches Disponieren beim Materialeinkauf. Wenn sich auch die Beamtenschaft von 207 000 auf 410 000 Personen vermehrt habe, könne seine Partei sich auf eine Verringerung des Personals in dem Maße nicht einlassen, wie es die bürgerlichen Parteien wünschen. Auch am Achtstundentage müsse festgehalten werden. Redner polemisiert sodann gegen die Stellungnahme des Ministers zur Frage der unehelichen Mutterchaft und erklärt sich mit der Entscheidung einverstanden, wonach die Lieferung der Zeitungen an die Bezirker im Reich so einzurichten ist, daß allmonatliche eine Erhöhung des Bezugspreises, entsprechend den steigenden Herstellungskosten, angedrömet werden kann.

Abg. Allecotte (Zent.) tritt für die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Beamtenschaft und Verwaltung ein. Er fordert für die Oberpostsekretäre, Postverwalter und Telegraphensekretäre, die das Zeugnis für Obersekretäre haben, und nur nach abgelegter Prüfung nach Gruppe VII kommen können, das gleiche Recht wie für Amtssekretäre, die mit bloßer Volksschulbildung ohne weiteres zur Gruppe VIII zählen. Auch der Postbetrieb müsse mit weniger leitenden Personen auskommen können. Am Achtstundentage halte auch er fest sofern vollwertige Arbeit geleistet werde, er lehne aber seine schematische Anwendung ab. Hausfrauen und Mütter sei a im Postbetriebe geradezu unmöglich, da sie durchschnittlich im Jahre an 102 Tagen fehlen.

Abg. Körner (Deutschn. Volksp.) wendet sich gegen die Gebührenpolitik der Post, die überall nur Verärgerung schaffe. Die Anpassung an die Geldentwertung sei freilich unermesslich, aber sie müsse allmählich erfolgen. Jeder Beamte müsse seine volle Arbeitskraft einbringen, und der Reichspost solle sich ein Beispiel an der sparsamen Wirtschaft nehmen, welches die wirtelmb. Post gegeben habe. Redner kritisiert die Briefmarken, die er geschmacklos nennt, und appelliert an die Verwaltung, von einer weiteren Erhöhung der Gebühren im Zeitungsweesen Abstand zu nehmen und auch Telegramm- und Telephongebühren in der Weise zu regeln, daß der Not der Presse Rechnung getragen werde.

Reichspostminister Giesberts: Die Wahlen der Beamtenschaft sind notwendig geworden, und es liegt kein Grund vor, sich der Wahlen zu enthalten. Politische Gesinnungsschnüffel unter den Beamten der Post werde ich niemals dulden. Wir müssen nur die Ausführung der Postdienstleistungen bei einem drohenden Streik sicherstellen. Die vom Abg. Körner kritisierten Briefmarken sind von ersten Künstlern begutachtet und ausgewählt worden.

Am Montag nachmittags 2 Uhr Weiterberatung und Interpellation der Unabhängigen wegen des Verhaltens der Schupo bei der Berliner Rathausdemonstration.

## Die Reparationskommission in Paris.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes ist am 13. Mai, kurz nach Mittag, in Begleitung von Staatssekretär a. D. Bergmann, Ministerialdirektor von Brandt, Geheimrat Kaffel, Geheimrat Ruppel, Ministerialrat Born und den Herren Adersow und Reiff vom Reichsfinanzministerium in Paris eingetroffen und vom Vorkämpfer Dr. Mayer und dem Vorsitzenden der Kriegslastenkommission, Staatssekretär Dr. Hüfner, empfangen worden. Reichsfinanzminister Dr. Hermes ist in der Vorkämpfer abgestiegen.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily News“ schreibt aus Genua, nichts würde schlimmer sein, als eine Fortdauer der englisch-französischen Konflikte in der Reparationsfrage. Der Pariser Berichterstatter der „Daily News“ schreibt, man hoffe dort, daß infolge der Verhandlungen, die der deutsche Finanzminister Hermes einleiten werde, Frankreich vor dem 31. Mai Grund bekommen haben werde, um seine Meinung über die Bereitschaft Deutschlands, seinen Verpflichtungen nachzukommen, zu ändern. Vielleicht werde auch die Konferenz der Finanzminister, die am 23. d. Mts. in Paris beginnt, zu der Gewährung einer beträchtlichen Anleihe an Deutschland führen, und Frankreich werde dann erwarten, daß es unterzüglich einen Teil des ihm geforderten Geldes erhalte.

## „Wie man in Deutschland Reichskanzler wird.“

Unter dieser Überschrift beschäftigt sich die deutschnationale „Kreuzzeitung“ Nr. 216 wieder einmal mit der Person des Reichskanzlers Dr. Wirth. Der „Basische Beobachter“ schreibt dazu:

Bezeichnenderweise nimmt dieses Blatt, in dem der in Süddeutschland so beliebte schnarrende Ton des Ostelbierums immer härter, die frühere Vornehmheit aber immer schwächer wird, seine Waffen gegen den Kanzler aus der „Paten-Jahne“; denn die Front zwischen Reichskanzler und Linksbildeten tritt immer wieder in Erscheinung. In dem von der Kreuzzeitung zur Herabwürdigung des süddeutschen Reichskanzlers dem kommunistischen Blatt entnommenen Zitat heißt es u. a.:

Bereit sein ist alles. Jahrelang führte er (der Reichskanzler Wirth) ein beschauliches Dasein als Oberlehrer der Mathematik, und seine ganze Aufgabe war, in den Gleichungen mit seinen Schülern gemeinsam das X zu finden. Eines Tages sollten Landtagswahlen in Baden stattfinden. In einem agrarischen Wahlkreis war die Wählerversammlung anberaumt. Aber man hatte keinen Kandidaten. Da, im letzten Augenblicke, berief einer auf Wirth. Drei Männer machten sich auf, überfielen den Ahnungslosen, als er gerade sein Nachmittags-



schließen hielt, und fragten ihn, ob er kandidieren wolle. „Aber ich verstehe ja nichts von der Landwirtschaft“, erwiderte er. „Um so besser!“ Wirth wurde gewählt und trat ins politische Leben ein. Das X war gefunden.

Diese Darstellung ist leichtfertiger Feuilletonismus. In Wirklichkeit war Dr. Wirth schon jahrelang aufs vortheilhafteste bekannt, bevor er ein Mandat übernahm. In Freiburg sah man auf ihn, weil man große Erwartungen auf ihn setzte, lange bevor er als Parlamentarier auftrat. Der leichtfertige Feuilletonist, der den zitierten Schwundel zusammengedrückt hat, hat keine Ahnung von den Tatsachen. Dr. Wirth ist 1912 als Nachfolger des bei den Wahlen schwer erkrankten und bald darauf gestorbenen Abg. Schüler in den Reichstag gekommen. 1913 erst kam er in den Landtag. Bei seinem ersten Auftreten im Offenburger Wahlkreis gewann er alsbald die Wähler für sich und eroberte auch den Wahlkreis, der damals schwer gefährdet war. Nicht ein Zufall, sondern die Überzeugung, daß Wirth durchaus für die parlamentarische Arbeit befähigt und berufen war, veranlaßte einen Mann, wie den verstorbenen Zentrumsführer Bader, Dr. Wirth zu bitten, sich dem Offenburger Reichstagswahlkreis zur Verfügung zu stellen.

Ebenso leichtfertig und unklar ist die weitere Darstellung. „Erzberger ward entthront. Das Zentrum hochte zusammen und schaute sich nach einem neuen Finanzminister um. Keiner wußte Rat. Schließlich schlug einer Wirth vor. Der allein fehlte. Man suchte den ganzen Reichstag ab. Endlich fand man ihn ganz unten dem Dach in seinem Abgeordnetenstübchen in Hemdärmeln auf der Couchellouque schlafend. Man weckte ihn. „Was, Finanzminister soll ich werden?“ rief sich die Augen und sagte: „Dabei verstehe ich ja nichts.“ — „Um so besser!“ Das X war gefunden.

Das Kabinettsmitglied Fehrenbach trat zurück. Ein Pferd für einen neuen Kanzler. Abermals wies man auf Wirth. Wieder nahm er, mit beiden Füßen ins Boot springend, an. Wieder war das X gefunden.

Bekanntlich war Dr. Wirth, bevor er zum Reichsfinanzminister berufen ward, Finanzminister in Baden. Das weiß aber weder die „Kreuzzeitung“ noch ihr radikaler Gewährsmann. Die ganze Darstellung ist also erfunden beziehungsweise aus den Fingern geflossen. Aber der „Kreuzzeitung“ wäre auch ein Räszettel aus einem Reichstagsbüchel gut genug zur Veröffentlichung, wenn sie damit den führenden Politiker in der ihr verhaßten Reichsregierung herunterreißen könnte. Wahrhaftig: saubere Politiker von einer staunenswerten Sachlichkeit. Sie möge sich übrigens in acht nehmen, denn das alte System, dem sie übrigens durch solche Leichtfertigkeit und Unfachlichkeit keine Freunde macht, zeigt zweifellos in der Stellenbesetzung Schwächen allerhöchsten Grades, die man ausnutzen kann, wenn die „Kreuzzeitung“ solche verlogene Darstellungen unter die Leute zu bringen sucht.

Daß die „Kreuzzeitung“ gerade während der Tagung von Genua solche Enten fliegen läßt, zeigt, daß ihr Haß gegen den Kanzler größer ist, als ihr Verständnis für die Erfordernisse der Politik. Am 9. Mai zitierte das Blatt aus einer Rede Rudendorfs folgende Sätze:

„Lebendig muß wieder der Geist werden, den Breuhens Könige schufen: Der Geist der Staatsauffassung, der Geist, in dem wir im August 1914 begeistert hinausgingen. Wir brauchen den Geist der Unterordnung unter das Wohl des Ganzen, den Geist der Selbstlosigkeit, der Gerechtigkeit, den Geist der Opferbereitschaft und Kameradschaft. Im Meer gab es nur Deutsche, Führer und Geführte, heute werden die unglückseligen Unterschiede zwischen Bürgern und Arbeitern, Stadt und Land, konstruiert.“

Was die „Kreuzzeitung“ am 10. Mai in ihrer un sinnigen Veröffentlichung gegen Dr. Wirth betätigt, ist nichts weniger als der von Rudendorff verlangte Geist. Aber lieber will man sich den Vorwurf der politischen und redaktionellen Unfähigkeit zuschieben, als man dem süddeutschen katholischen Kanzler Sachlichkeit und Gerechtigkeit widerfahren läßt. Damit will sich anscheinend das Ostbüchlein beliebt machen? Oder wollen die Diebsteine ein Reich für sich gründen?

### Zeitungsnot und Reichsregierung.

Unter dieser Überschrift schreibt der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Mehrheitssozialdemokratie:

„Die Organisation der Zeitungsverleger, unter denen sich auch die sozialdemokratische Presse Deutschlands befindet, hat vom Reichstag Schritte gefordert zur Sicherstellung einer Mindestmenge von Zeitungsdruckerzeugnissen, ferner den Schutz von Monopolen für Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier, die von Erzeugerverbänden diffamiert werden, und schließlich Maßnahmen zur Verbilligung des Druckpapiers durch Tarifbegünstigung, Ermäßigung der Preise für Papierholz und für die zur Erzeugung des Papiers notwendigen Kohlen, schließlich durch Erstattung der Ausfuhrerlöse. Welchen Niederlagen diese Forderungen in den geplanten Gesetzesmaßnahmen gefunden haben, ist nicht bekannt. Daß sie berechtigt sind, daran besteht kein Zweifel, da schon jetzt das Papier rund den 80fachen Friedenspreis kostet, was auf die Abonnementspreise nicht ohne Einfluß bleiben kann. Der 80fache Bezugspreis bedeutet aber den Tod der selbstständigen Presse, den Sieg des politischen Annaparats über den Triumph der mit politischen Zielen von Unternehmerverbänden bezahlten, ihnen willenlos dienfertigen Wäcker.“

Schlechte Eile und durchgreifende Maßnahmen sind vonnöten, wenn nicht die freie Meinung in der Republik zur Phrasen werden soll. . . . Immer noch steht man bei den gesetzgeberischen Vorarbeiten, während die Teuerungswelle ungebrochen fort schreitet. Es verlaute, daß erst in dieser Woche das Kabinetts zu den Vorarbeiten Stellung nehmen wird, spät genug, um auch noch dem Reichstag Gelegenheit zur gesetzgeberischen Regelung zu geben.“

## Badische Uebersicht.

### Badischer Landtag.

#### Die Tätigkeit der Ausschüsse.

Jetzt in den nächsten drei Wochen tritt ein. Bereits heute nachmittags tritt der Haushaltsausschuß wieder zusammen, ebenso sind der Rechtsplegeausschuß und der Ausschuß für Gesuche und Beschwerden einberufen. Damit wird die notwendige Vorbereitung für das Plenum geleistet, das im Monat Juni — sofort nach den Pfingstferien — eine größere Anzahl öffentl. Sitzungen abhalten wird, um die Voranschläge für das Arbeitsministerium und das Finanzministerium zu erledigen. Zuvor müssen noch die Positionen Wissenschaften und Künste vom Voranschlag des Kultus und Unterrichts, welche erst die Beratungen des Haushaltsausschusses zu passieren haben, verabschiedet werden.

Auf diese Weise hofft man, den umfangreichen Arbeitsstoff, welchen der Landtag vor den diesjährigen Parlamentsferien noch zu bewältigen hat, wesentlich zu verringern.

## Abg. Dr. Haas über Genua.

Im Karlsruher Ortsverein der deutschen Demokratischen Partei sprach dieser Tage Reichstagsabgeordneter Dr. Haas, der bekanntlich kürzlich von der deutschen Abordnung nach Genua berufen war, in einer halbstündigen Rede über „Genua, der deutsch-russische Vertrag und die Folgen für Deutschlands auswärtige Politik“. Dr. Haas schilderte li. B. Pr. zunächst die Entstehung des deutsch-russischen Vertrags und zeigte in einzelnen die Folgen, die für uns entstanden wären, wenn nicht wir mit den Russen einen Wirtschaftsvertrag abgeschlossen hätten, sondern die Entente oder gar Frankreich und Belgien allein; er sagte dabei u. a.: „Hätten wir nicht mit Rußland dieses Wirtschaftskabkommen getroffen, dann hätte sicherlich Frankreich einen russischen Vertrag abgeschlossen, der uns von Rußland vollständig losgelöst hätte, der uns von Rußland weggerissen hätte. Der deutsch-russische Vertrag ist ein reiner Wirtschaftsvertrag und ein Vertrag mit starken, ehelichen Friedenswillen; er ist seit Beginn des Weltkrieges der erste eheliche Friedensvertrag. Zum erstenmal haben zwei Völker, die sich im Kriege kämpfend gegenüber gestanden haben, den Weg ehelicher Versöhnung beschritten. Sicher ist, daß wir durch den Vertrag an Bedeutung gewonnen haben. Während sich vorher kein Mensch um uns gekümmert hat, kamen nach dem Abschluß des Vertrags von hintenherum mancherlei Herren an die deutsche Abordnung heran und frugen recht interessiert, ob nicht doch eine gewisse Zusammenarbeit in russischen Fragen mit uns möglich wäre. Man sucht uns also bereits wieder auf und läßt uns nicht mehr adios bei Seite stehen. Man fängt bereits an, uns den Russen gegenüber als Vermittler gebrauchen zu wollen. Während wir bisher nur Objekte der auswärtigen Politik waren, während wir seit dem Versailler Vertrag ein Staat waren, der überhaupt nicht ernstlich in Betracht kam, während wir bisher wie ein minderjähriges Kind behandelt wurden, fängt man jetzt an, unsere Bedeutung zu erkennen und hat uns ersucht, auf Rußland im Sinne der Verständigung einzuwirken.“

Mit dem Vertrag waren einverstanden die Menschen, die gewohnt sind, die Probleme politisch zu betrachten, weniger dagegen jene, die finanziell eingestellt sind. Die Männer der Finanzlehre hatten die Befürchtung, es könnten durch den Abschluß des deutsch-russischen Vertrags die Verhandlungen in Paris wegen der internationalen Anleihe scheitern oder unmöglich gemacht werden. Ich halte diese Ansicht der Finanzmänner für falsch und zwar, weil ich der Ansicht bin, die Anleihe wird genehmigt, wenn sie die anderen für zweckmäßig halten. Diese Frage wird nicht aus den Stimmungen heraus, sondern aus nüchternen wirtschaftlichen und politischen Erwägungen der anderen heraus geregelt. Ich glaube nicht, daß die Stimmung der Franzosen für uns besser wäre, wenn wir den Vertrag nicht abgeschlossen hätten. In Kreisen der deutschen Abordnung in Genua hat man befürchtet, der Vertrag könne harter Kritik im deutschen Volk begegnen. Ich habe gesagt, man kann an dem Vertrag Kritik üben in einem Salon, in einem Bureau, wenn 2, 3 Menschen im Gespräch beieinander stehen, politisch aber ist eine Opposition gegen den Vertrag unmöglich und zwar deshalb, weil ein Vertrag noch selten so populär war wie der deutsch-russische. In der Arbeiterklasse, auch in der sozialdemokratischen, auch in der die von den bolschewistischen Ideen absolut nichts wissen will, ist der Vertrag populär, weil in der Arbeiterklasse überhaupt eine gewisse Sympathie für Sowjet-Rußland vorhanden ist: in bürgerlichen Kreisen, auch in recht weit rechts gerichteten, ist der Vertrag populär, weil er den Anfang einer aktiven deutschen Politik darstellt. Wir wollen darüber froh sein, daß sich die Dinge so entwickelt haben, daß wir jetzt wieder zum erstenmal aktiv in die Politik eingreifen. Ich verspreche mir von dem Vertrag eine weitere Stärkung der Stellung Deutschlands.“

Der Vertrag ist, wie gesagt, ein reiner Wirtschaftsvertrag; es bestehen keinerlei Geheimabkommen. Der französische Gedanke, daß der Vertrag mehr sei als ein Wirtschaftsabkommen, ist töricht; dieser Gedanke ergibt sich schließlich aus dem unheimlichen französischen Gefühl, daß, wenn zwei gebriete, geknetete, entrechtete, misshandelte Völker miteinander einen Vertrag abschließen und miteinander arbeiten, sich unter Umständen später, vielleicht in 20–30 Jahren ein Verhältnis entwickeln könnte, das eine politische Bedeutung erhalten könnte. Wenn solche Gedanken in Frankreich angezettelt werden, dann freue ich mich darüber, denn diese Gedanken beweisen, daß in Frankreich die Einsicht wächst, daß es so doch nicht gut weitergeht. Ich freue mich über das Wort Lloyd Georges, daß es auf die Dauer nicht geht, daß man zwei Drittel von Europa so behandelt, wie es bis jetzt geschehen ist. Wir haben durch diesen Vertrag zweifellos eine etwas bessere Position gegenüber der früheren völligen Isolierung. Wiederholt ist auch gefragt worden, ob man den Vertrag nicht zu einem anderen Zeitpunkt hätte abschließen können. Vor der Konferenz von Genua konnte man ihn nicht abschließen, da sonst die überhaupt nicht zustande gekommen wäre. In nach Genua abzuschließen, war nicht möglich, da die Russen unter allen Umständen etwas von Genua mit nach Hause bringen wollten. Geheimhalten konnte man ihn nicht, da die Russen großen Wert darauf legen, daß er vor aller Welt abgeschlossen wird.

Aber den weiteren Verlauf der Verhandlungen in Genua möchte ich noch bemerken, daß die Hauptfrage die ist, ob es gelingt, den allgemeinen Waffenvertrag zwischen der Entente und Rußland zustande zu bringen. Käme dieser zustande, dann läge der weitere Verlauf der Verhandlungen in der Richtung von Lloyd Georges Treuga bei. Die Bedeutung dieses „Gottesfriedens“ wäre: Deutschland erkennt abermals den Versailler Vertrag an; in der ganzen Welt gibt es gegen niemand mehr eine Waffengegenseit mit Ausnahme von Deutschland. Also Gottesfrieden für alle, nur nicht für die Deutschen. Ein solcher „Gottesfrieden“ wäre unerträglich für Deutschland, er würde eine gräßliche außenpolitische Lage für uns bringen. Reichstanzler Dr. Wirth hat sich mit Lloyd George über diesen Gottesfrieden unterhalten und ihm gesagt, daß keine deutsche Regierung diesen Gottesfrieden unterschreiben kann. Die weiteren Verhandlungen über das Reparationsproblem sind Ihnen aus der Presse bekannt. Für uns ist die wichtige Frage die: Will Frankreich gegen uns Gewalt anwenden? Vielleicht schauen sich die Franzosen einmal die Stimmung der ganzen Welt an. Vielleicht überlegen sie sich die Sache noch einmal. Die finanzielle Lage Frankreichs ist verzweifelt schlimm und diese verzweifelt schlimme Lage könnte auch zu einer Politik der Verzweiflung führen, indem sie sagen: Wenn wir uns doch nicht retten können, nun gut, dann noch einmal eine wilde Politik der Gewalt, des Hasses und der Rache! Die Folge davon wäre, daß die Lage Frankreichs noch schlimmer würde und daß es politisch noch isolierter dastünde als jetzt. Allzu sehr wollen wir uns nicht darauf verlassen, daß Frankreich nach den Grundgeden der Vernunft handeln wird. Wir dürfen uns vor allem durch Alarmnachrichten und wilde Gerüchte, die von den Franzosen ausgetrieben werden, nicht nervös machen lassen. Wenn die Gewalt wirklich kommen sollte, können wir ihr ruhiger entgegenzutreten als in den Tagen vor Versailles; unsere Nerven sind heute nicht mehr so zermürbt wie damals. Man kann heute vom deutschen Volk mehr Widerstandskraft verlangen als damals. Wenn wir stark sind, dann wird auch eine französische Gewaltpolitik auf die Dauer unsere Zukunft nicht vernichten können.

## Die Teuerung in Baden.

Wie der Nummer 4 der vom Statistischen Landesamt herausgegebenen „Statistischen Mitteilungen“ entnommen werden kann, ist die Teuerung noch immer nicht zum Stillstand gekommen. So erhöhte sich der Preis für 1 Pfund Rindfleisch von März bis April d. J. — also innerhalb eines Monats — in Lahe um 88,3 v. H., in Billingen um 57,1 v. H., in Emmendingen um 56,5 v. H., in Neustadt um 50,0 v. H., in Vörsach, Radolfzell, Eberbach und Waldshut um je 42,9 v. H., in Offenburg um 42,4 v. H., in Baden um 40,0 v. H. usm. Desgleichen sind die Preise der übrigen Bedarfsartikel — ausgenommen das Brot — im April gegenüber dem März d. J. mehr oder weniger stark in die Höhe gegangen, z. B. für Milch, Eier, Schweinefleisch, Butter, Kartoffeln, Speiseöl, Essig, Salz, Bohnen, Erbsen, Linsen, Reis, Grieß, Saferkochen usm. Darnach ist es verständlich, daß auch die Teuerungszahlen der 51 in diese Teuerungstatistik einbezogenen badischen Gemeinden erheblich gestiegen sind, z. B. in Weil um 37,7 v. H., in Konstanz um 35,3 v. H. usm. Die Reichsindexziffer hob sich von 2629 im März auf 3176 im April, also um 20,3 v. H., die badische Landesindexziffer von 2658 auf 3176, d. h. um 19,6 v. H. Die Mannheimer Indexziffer stand Mitte April auf 3422; hier nach Kosten nunmehr in Mannheim die einbezogenen Lebensbedürfnisse 84% mal so viel wie vor dem Kriege.

## Fürsorgeerziehung in Baden im Jahr 1921

Anfang des Jahres 1921 befanden sich in Baden 2207 Böglinge (1450 männliche und 757 weibliche) in Fürsorgeerziehung, darunter 678 im Alter unter 14 Jahren; 1122 waren in Familien, 479 in Anstalten untergebracht. In 1438 Fällen (649 in Familien- und 489 in Anstalts-erziehung) konnte der Erfolg als befriedigend angesehen werden.

## Badische Landw. Berufsgenossenschaft.

Im Monat April 1922 gelangten beim Genossenschaftsvorstand 363 Unfälle zur Anzeige, wovon 330 auf die Landwirtschaft und die mitverbundenen Nebenbetriebe und 33 auf die Forstwirtschaft entfielen. Erstmals einschädigt wurden 202 Fälle; hierunter sind 8 Fälle mit tödlichem Ausgang. In Jahresrenten wurden für die neu eingeschädigten Fälle 200 040 Mark angewiesen und zwar an 284 Verletzte 179 880 M., an 6 Witwen 7440 Mark und an 11 Kinder 12 720 M. Für die tödlich verlaufenen Unfälle wurde weiter 2224 M. Sterbegelder bezahlt.

Im gesamten waren zu Anfang des Monats April 1922 24411 Personen im Rentengenuß, davon schieden im Laufe des Monats April durch Einstellung der Rente 112 und durch Tod 71 aus.

Unter Berücksichtigung des obigen Zugangs bezogen hierauf auf 1. Mai 1922 24 529 Personen Renten im gesamten Jahresbetrage von rund 7 182 000 M.

Die Zahl der Fälle, in welchen im Laufe des Monats April Entschädigungen abgelehnt wurden, betrug 37; in 142 Fällen mußten Änderungen im Rentenbetrage vorgenommen werden.

## Kurze Nachrichten aus Baden.

\* Nr. 35 des Badischen Ges. und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen: des Staatsministeriums: die Einstellung der Staatsärzte; des Ministeriums des Innern: die Kosten der Verpflegung von Kranken in den Heil- und Pflegeanstalten.

### Verkehrshetze.

Annahmehetze für Frachttümpel nach München-Glabach Ort und Umladestelle ist aufgehoben.

## Aus der Landeshauptstadt.

DZ. Der Badische Landesverband für Säuglings- und Kinderfürsorge hält am Samstag, den 27. Mai, hier seine Landesversammlung ab.

Badisches Landestheater. Auf die am Montag, den 15. Mai, abends halb 8 Uhr im Landestheater stattfindenden V. musikalische Abendfeier, ausgeführt von der Kammermusikvereinigung Karlsruhe, sei hiermit nochmals besonders hingewiesen. Die Veranstaltung wird mit dem Klavier-Trio in E-moll Nr. 10 von Haydn durch die Herren Wilhelm Schwoeppe, Emil Weimershaus und Paul Trautwetter eingeleitet. Fräulein Hete Stechert wird Mozarts Wiegenlied „Schlafe, mein Bräutigam, es ruhn . . .“ und „Das Weiden“ singen, während Herr Dr. Hermann Wucherpfennig „Die Teilung der Erde“, Gedicht von Fr. v. Schiller, in Musik gesetzt von Haydn, zu Gehör bringen wird. Das H-moll-Quintett für Klarinette und Streichquartett op. 115, dargeboten von den Herren Wilh. Schwoeppe, Emil Weimershaus, Willi Grabert, Heinrich Müller, Paul Trautwetter und Alois Spranger, wird den Beschluß des Abends bilden.

## Badische Gemeindeschau.

DZ. Mannheim, 13. Mai. Der Stadtrat hat infolge der Kohleverteuerung neue Tarifierungen beschlossen. Das Wasser-geld steigt auf 86 Prozent des Mietwertes, der Gaspreis auf 5,20 M. für den Kubikmeter und der Lichtstrompreis auf 12 Mark für die Kilowattstunde. Auch eine weitere Erhöhung des Straßenbahn-tarifs ab 1. Juni ist angekündigt. Die einfache Fahrt bis 5 Teilstrecken wird dann auf 3 M. zu stehen kommen. Gleichfalls neu festgesetzt wurden die Krankenhausverpflegungssätze.

DZ. Singen, 12. Mai. Der Bürgerausschuß wird sich demnächst mit verschiedenen, für die Entwicklung der Stadt Singen wichtigen Vorlagen befassen müssen. Die Lazarettbaracken sollen für die Allgemeinheit dienstbar gemacht und mit einem Kostenaufwand von 250 000 M. ausgebaut werden. Auch das „Kreuz“ muß endlich einer gründlichen Instandsetzung unterworfen werden, nachdem ein Verkauf nicht beabsichtigt war. Der Kostenaufwand wird auf 300 000 M. veranschlagt. Für 30 000 M. soll im Realschulgebäude ein weiteres Klassenzimmer hergesteilt werden. Weitere Vorlagen betreffen die Beteiligung der Stadt an den Bauten des Bauvereins, Kanalisation und Straßenausbau.

## Staatsanzeiger.

### Bekanntmachungen.

#### Das griechische Konsulat in Mannheim bett.

Nachdem Herr Hermann Renger in Redargemünd als königlich griechischer Honorarkonsul in Mannheim namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wird er zur Ausübung konsularischer Befugnisse in Baden zugelassen.

Karlsruhe, den 12. Mai 1922.

### Staatsministerium.

Ministerialabteilung für Präsidialsachen, Reichs- und auswärtige Angelegenheiten.



Fortsetzung des Zentral-Handels-Registers.

Oberrhein. R.364. Kleinlautenburg wurde heute eingetragen: Durch Generalversammlung...

Oberrhein. R.365. Zum Handelsregister Abt. A O.-R. 182 wurde eingetragen die Firma Josef Boscher...

Oberrhein. R.363. Zum Handelsregister A Band II O.-R. 75 ist eingetragen die Firma 'Gelebrer Stürmer'...

Oberrhein. R.376. Zum Handelsregister B O.-R. 8 ist bei der Firma Brauerei zur Hölle Aktien-Gesellschaft...

Oberrhein. R.378. Zum Handelsregister B O.-R. 8 ist bei der Firma Brauerei zur Hölle Aktien-Gesellschaft...

Oberrhein. R.374. In das Handelsregister wurde heute zur Firma Baumindustrie Akt. Ges. eingetragen...

Oberrhein. R.306. Zum Handelsregister wurde heute eingetragen: die Firma 'Apost'...

Oberrhein. R.327. In das Handelsregister Abt. A Band II wurde zu O.-R. 62 - E. Groß & Co., Königheim...

Oberrhein. R.286. In das Handelsregister A Band II O.-R. 69 wurde eingetragen: Concordia-Übrennerei-Fabrikation...

Oberrhein. R.255. In das Handelsregister A O.-R. 109 die Firma Gebrüder Großmann in Kleinlautenburg...

Oberrhein. R.256. In das Handelsregister B O.-R. 40 Firma Döcker, G. m. b. H. in...

Oberrhein. R.306. In das Handelsregister B O.-R. 22 die Firma G. Meier, Buchdruckerei...

Oberrhein. R.338. In das Handelsregister A O.-R. 104 die Firma Hüßli & Hüßli in Säckingen...

Oberrhein. R.377. Handelsregistereintrag A Band I O.-R. 116 (Firma Peter Hofmann, Nappenaue)...

Oberrhein. R.379. Handelsregistereintrag B O.-R. 12 zur Firma 'Lana' Werte, elektrotechnische Fabrik...

Oberrhein. R.378. In das Handelsregister A Band I O.-R. 110 wurde bei Firma Fridolin Wacker in Staufen...

Oberrhein. R.378. In das Handelsregister A Band I O.-R. 110 wurde bei Firma Fridolin Wacker in Staufen...

Oberrhein. R.327. In das Handelsregister Abt. A Band II wurde zu O.-R. 62 - E. Groß & Co., Königheim...

Oberrhein. R.327. In das Handelsregister Abt. A Band II wurde zu O.-R. 62 - E. Groß & Co., Königheim...

Oberrhein. R.286. In das Handelsregister A Band II O.-R. 69 wurde eingetragen: Concordia-Übrennerei-Fabrikation...

Oberrhein. R.255. In das Handelsregister A O.-R. 109 die Firma Gebrüder Großmann in Kleinlautenburg...

Oberrhein. R.256. In das Handelsregister B O.-R. 40 Firma Döcker, G. m. b. H. in...

Oberrhein. R.329. In das Handelsregister Abt. A Band I ist mit O.-R. 274 als neue Firma eingetragen: Badische Metallschlifferei...

Oberrhein. R.354. In das Handelsregister Abt. A Band I ist mit O.-R. 274 als neue Firma eingetragen: Badische Metallschlifferei...

Oberrhein. R.331. In das Handelsregister Abt. A Band I ist mit O.-R. 274 als neue Firma eingetragen: Badische Metallschlifferei...

Oberrhein. R.332. In das Handelsregister A Band I ist mit O.-R. 19 Firma Georg Meier, Elzach...

Oberrhein. R.379. Handelsregistereintrag B O.-R. 12 zur Firma 'Lana' Werte, elektrotechnische Fabrik...

Oberrhein. R.378. In das Handelsregister A Band I O.-R. 110 wurde bei Firma Fridolin Wacker in Staufen...

Oberrhein. R.327. In das Handelsregister Abt. A Band II wurde zu O.-R. 62 - E. Groß & Co., Königheim...

Oberrhein. R.327. In das Handelsregister Abt. A Band II wurde zu O.-R. 62 - E. Groß & Co., Königheim...

Oberrhein. R.286. In das Handelsregister A Band II O.-R. 69 wurde eingetragen: Concordia-Übrennerei-Fabrikation...

Oberrhein. R.255. In das Handelsregister A O.-R. 109 die Firma Gebrüder Großmann in Kleinlautenburg...

Oberrhein. R.256. In das Handelsregister B O.-R. 40 Firma Döcker, G. m. b. H. in...

Oberrhein. R.329. In das Handelsregister Abt. A Band I ist mit O.-R. 274 als neue Firma eingetragen: Badische Metallschlifferei...

Oberrhein. R.354. In das Handelsregister Abt. A Band I ist mit O.-R. 274 als neue Firma eingetragen: Badische Metallschlifferei...

Oberrhein. R.331. In das Handelsregister Abt. A Band I ist mit O.-R. 274 als neue Firma eingetragen: Badische Metallschlifferei...

Oberrhein. R.332. In das Handelsregister A Band I ist mit O.-R. 19 Firma Georg Meier, Elzach...

Oberrhein. R.379. Handelsregistereintrag B O.-R. 12 zur Firma 'Lana' Werte, elektrotechnische Fabrik...

Oberrhein. R.378. In das Handelsregister A Band I O.-R. 110 wurde bei Firma Fridolin Wacker in Staufen...

Oberrhein. R.327. In das Handelsregister Abt. A Band II wurde zu O.-R. 62 - E. Groß & Co., Königheim...

Oberrhein. R.327. In das Handelsregister Abt. A Band II wurde zu O.-R. 62 - E. Groß & Co., Königheim...

Oberrhein. R.286. In das Handelsregister A Band II O.-R. 69 wurde eingetragen: Concordia-Übrennerei-Fabrikation...

Oberrhein. R.255. In das Handelsregister A O.-R. 109 die Firma Gebrüder Großmann in Kleinlautenburg...

Oberrhein. R.256. In das Handelsregister B O.-R. 40 Firma Döcker, G. m. b. H. in...

Leo's Füllfeder Treuhand. Das moderne Schreibgerät für Zeit- und Geldersparnis. Alle Fabrikant: E.W. Leo Nachf. Leipzig - Pl.

Badisches Landestheater. Montag, 15. Mai. 7 1/2 u. 9 Uhr. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 201-700. V. Musikalische Abendfeier.

Badisches Landestheater. Dienstag, 16. Mai. 7 u. 9 1/2 Uhr. Volksbühne J I Martha oder Der Markt von Richmond.

Bekanntmachung. Bei der dem Tilgungsplan gemäß vorgenommene Ziehung der städt. Schuldverschreibungen...

Genossenschafts-Register. Karlsruhe. R.312. In das Genossenschaftsregister ist zu Band I O.-R. 77 zur Gemeinnützigen Hypotheken-Sicherungs-Genossenschaft...

Fundstücken betr. Im Monat April 1922 wurden folgende Gegenstände auf dem Fundbüro abgeliefert: 1 Mannschettenknopf...

Verbands-Register. Oberrhein. R.330. Zum Vereinsregister wurde unter O.-R. 15 eingetragen: Obstbauverein Oberrhein - Seegau...

Bürgerl. Rechtspflege. a. Streitige Gerichtsbarkeit. R.385. Karlsruhe. Der Konkurs über das Vermögen der Firma J. Landmann...

Verchiedene Bekanntmachungen. Aufgebotsverfahren. Fräulein Emilie Pfeifer, hier, Blumenstraße Nr. 9...

Bekanntmachung. Betr. Tarifverhandlungen. Infolge Erhöhung des Tarifs der Stadt. Straßenbahnen Karlsruhe...

Gemeinamer Binnen-Tarif der deutschen Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft (Bad. Nebenbahnen). R.271. Berlin, 11. Mai 1922.

Badischer Binnen- u. Nebenbahnenverkehr. Karlsruhe. R.389. Karlsruhe, 12. Mai 1922. Eisenbahngeneraldirektion.